

# **Lebenslügen und Sprachmanipulation als Werkzeuge zur Erreichung politischer Ziele**

## **Teil 6:**

### **Die Ignorierung von Tatsachen, gezeigt an verschiedenen Eine-Welt-Bestrebungen**

Von Wolfgang Hendlmeier

In diesem Beitrag werden beispielhaft die Europäische Einigung, der Klimaschutz und die Globalisierung als nachdrücklich verfolgte Entwicklungen der einflußreichen Kreise dargestellt. Diese Bestrebungen dienen dem offenkundigen Ziel der „Einen Welt“.

#### **Die Europäische Einigung**

Die Europäische Union mit ihren 23 Amtssprachen hat sich in den letzten Jahrzehnten praktisch zu einem Bundesstaat entwickelt, auch wenn sie dies formaljuristisch nicht ist. Noch niemals hat es auf der Erde einen Staat mit einer derartigen Sprachenvielfalt gegeben. Deshalb ist die Europäische Union eine unnatürliche Erscheinung. Menschen mit verschiedenen Sprachen wollen in der Regel nicht in einem Staat zusammenleben. Was würde mit der Europäischen Union geschehen, wenn man über ihren Weiterbestand eine Volksabstimmung durchführen würde? Sicher würden nur die Bürger von Nehmerländern in diesem Staatenbund verbleiben wollen.

Daß die Staaten Europas nicht mehr gegeneinander Krieg führen, ist kein Verdienst der Europäischen Union (EU), wie uns immer wieder gesagt wird. Vielmehr haben die Spitzenkräfte der europäischen Staaten nach den mörderischen Kriegen der Vergangenheit eingesehen, daß ein Staat in einem Krieg nicht gewinnen, sondern nur verlieren kann. Insbesondere die Jugend früher verfeindeter Länder steht sich heute aufgeschlossen gegenüber, und das ist gut so.

**Tabelle**  
Die Geber- und Nehmerländer in der Europäischen Union  
im Jahr 2008 \*)

Mitgliedsstaat (27 Staaten mit 23 Amtssprachen)	Einwohner in Mio.	Stimmen im Ministerrat **)	Sitze im Euro- päischen Parlament	Einwohner je Abgeordneten in 1000	Jährliche Nettoförderung in Mrd. € ***)	Nettoförderung je Einwohner in € ***)
Deutschland	82,3	29	99	831	-8,77	-106,6
Frankreich	63,4	29	72	880	-3,84	-60,6
Großbritannien	60,9	29	72	846	-0,84	-13,8
Italien	59,1	29	72	821	-4,10	-69,4
<b>Spanien</b>	44,5	27	50	890	<b>+2,81</b>	<b>+63,1</b>
<b>Polen</b>	38,2	27	50	764	<b>+4,44</b>	<b>+116,2</b>
<b>Rumänien</b>	21,6	14	33	654	<b>+1,58</b>	<b>+73,1</b>
Niederlande	16,3	13	25	652	-2,68	-164,4
<b>Griechenland</b>	11,2	12	22	509	<b>+6,28</b>	<b>+560,7</b>
<b>Portugal</b>	10,6	12	22	482	<b>+2,69</b>	<b>+253,8</b>
Belgien	10,6	12	22	482	-0,72	-67,9
<b>Tschechien</b>	10,3	12	22	468	<b>+1,18</b>	<b>+114,6</b>
<b>Ungarn</b>	10,1	12	22	459	<b>+1,11</b>	<b>+109,9</b>
Schweden	9	10	18	500	-1,46	-162,2
Österreich	8,3	10	17	488	-0,36	-43,4
<b>Bulgarien</b>	7,7	10	17	453	<b>+0,67</b>	<b>+87,0</b>
Dänemark	5,4	7	13	415	-0,54	-100,0
<b>Slowakei</b>	5,4	7	13	415	<b>+0,73</b>	<b>+135,2</b>
Finnland	5,3	7	13	407	-0,32	-60,4
<b>Irland</b>	4,3	7	12	358	<b>+0,57</b>	<b>+132,5</b>
<b>Litauen</b>	3,4	7	12	283	<b>+0,84</b>	<b>+247,0</b>
<b>Lettland</b>	2,3	4	8	288	<b>+0,41</b>	<b>+178,3</b>
<b>Slowenien</b>	2	4	7	286	<b>+0,11</b>	<b>+55,5</b>
<b>Estland</b>	1,3	4	6	217	<b>+0,23</b>	<b>+176,9</b>
Zypern	0,8	4	6	133	-0,02	-25,0
Luxemburg	0,5	4	6	83	-0,02	-40,0
<b>Malta</b>	0,4	3	5	80	<b>+0,03</b>	<b>+75,0</b>
<b>Summe</b>	<b>495</b>	<b>345</b>	<b>736</b>	<b>im Mittel 669</b>		

\*) Einzelangaben sind mühsam zu beschaffen, da die amtliche Internetinformation der Europäischen Union die Zahlen zum Haushalt nicht nach Geber- und Nehmerländern aufschlüsselt. Deshalb die Angaben hier nach: „National-Zeitung“, München, 30.10.2009, S. 3, sowie mit geringfügig davon abweichenden Zahlen in der Internet-Enzyklopädie „Wikipedia“ ([http://de.wikipedia.org/wiki/Mitgliedstaaten\\_der\\_Europ%C3%A4ischen\\_Union](http://de.wikipedia.org/wiki/Mitgliedstaaten_der_Europ%C3%A4ischen_Union));

\*\*\*) Der Ministerrat heißt eigentlich „Rat der Europäischen Union“ und ist das wichtigste Entscheidungsorgan der EU, wichtiger als das EU-Parlament.

\*\*\*\*) **Fettdruck** bedeutet, daß der betreffende Staat von der EU gefördert wird, d. h. einen Nutzen hat.

Außerdem gibt es **1.** Überseegebiete von EU-Mitgliedstaaten, die uneingeschränkt zur EU gehören, z. B. die Kanarischen Inseln, **2.** assoziierte Gebiete, das sind europäische Zwergstaaten und bestimmte Überseegebiete von EU-Mitgliedstaaten, **3.** autonome Gebiete von EU-Mitgliedstaaten, z. B. Grönland, die nicht zur EU gehören, sowie **4.** durch bilaterale Verträge praktisch die Schweiz. Zollrechtlich nicht zur EU gehören die deutschen Gemeinden Büsingen (Exklave) und Helgoland. Um das ganze noch komplizierter zu machen, gibt es auch Länder (Montenegro und Kosovo), die nicht zur EU gehören, aber den Euro als Währung eingeführt haben, weil sie früher die Deutsche Mark benutzten.

Wenn man den Nebel der vielen schönen Worte über die EU abziehen läßt, kommt man zur Erkenntnis, daß die EU vor allem der Großindustrie nützt, die ohne Zollschränken in Billiglohnländern fertigen und in Hochpreisländern verkaufen möchte, was die Gewinne ungeahnt beflügelt, allerdings in den Hochpreisländern zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit zur Verarmung führt. Beispiele aus der letzten Zeit: 2007 Verlagerung der Hausgerätefertigung der AEG von Nürnberg u. a. nach Polen oder 2008 der Nokia-Funktelefonfertigung von Bochum nach Rumänien.

Die Tabelle der EU-Geber- und Nehmerländer zu diesem Beitrag zeigt, daß Deutschland als mit Abstand wichtigster Nettozahler der EU im Vergleich zu den Nehmerländern doch einen recht zweifelhaften Nutzen aus der EU zieht. Außerdem haben Deutschland und andere große Mitgliedsstaaten im Vergleich zu ihrer Einwohnerzahl im EU-Ministerrat und im EU-Parlament zu geringe Stimmrechte. Ein deutscher Abgeordneter vertritt 831.000 Wähler, ein maltesischer Abgeordneter dagegen nur 80.000. Warum die Demokratie bzw. die Bürgerrechte durch den am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen sog. EU-Reformvertrag von Lissabon gestärkt worden sein sollen, kann ein aufmerksamer und denkender Beobachter nicht nachvollziehen. Diese Behauptung hat wohl den gleichen Wahrheitsgehalt wie die Lügensprache des Orwellschen „Wahrheitsministeriums“. Sicher ist, daß die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vielleicht noch formaljuristisch, nicht mehr aber tatsächlich souveräne Staaten sind.

Immer wieder erhält man den Eindruck, daß die sozialistische Gleichmacherei nun in Brüssel weitergeführt wird. Schon der Name „Kommissare“ für ministerähnlichen Führungsstellen ist irgendwie verdächtig. Praktisch haben die deutschen Politiker freiwillig die deutsche Souveränität an die EU abgetreten, die zwar nicht völkerrechtlich, aber praktisch ein riesiger Bundesstaat ist. Über 80% des Inhalts deutscher Gesetze sollen inzwischen durch die EU in Form von Richtlinien vorgegeben werden, d. h. die Bundestagsabgeordneten *müssen* dem Gesetzesinhalt zustimmen. Sie können nur noch entscheiden, in welches deutsche Gesetz der Inhalt übernommen wird. Da fragt man sich schon, warum der deutsche Steuerzahler 622 Abgeordnete bezahlen muß, die noch dazu häufig mit Fraktionszwang abstimmen müssen. Auch der Europäische Gerichtshof in Luxemburg bestimmt ständig, was in Deutschland sein darf und was nicht, wobei er strittige Regelungen häufig zu Lasten der Mitgliedsstaaten auslegt.

Eine deutsche Politik, die den Ansprüchen von Art. 56 GG genügt, und die Einbindung Deutschlands in die Europäische Union sind unvereinbar. Zur Erinne-

rung der Text des Amtseides für Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister nach Art. 56 und 64 Abs. 2 GG:

*Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe*

Trotz eidlicher Verpflichtung sind bei den deutschen Spitzenpolitikern entsprechende Taten nicht zu erkennen. Auch geht der Amtseid juristisch in Leere; denn das Bundesverfassungsgericht hat ihn in eigenwilliger Auslegung dadurch abgewertet, daß es entschieden hat, er sei nicht einklagbar.

Helmut Kohl bezeichnete in den achtziger Jahren Überlegungen zur Vorbereitung der Wiedervereinigung als „blühenden Unsinn“. Die Europäische Einigung war ihm deutlich wichtiger. Nach der Wiedervereinigung forderte er ausländische Firmen zum Kauf der DDR-Staatsbetriebe auf und meinte zur Begründung, wir wollten nicht unter uns bleiben. Warum hat er bei der Wiedervereinigung nicht wenigstens die Bedingung gestellt, daß die fünf seit 1946 geteilten deutschen Städte an Oder und Görlitzer Neiße unter Zusicherung von kulturellen Schutzrechten für die polnische Neubewohner vereinigt werden? Es sind dies die Städte Küstrin, Frankfurt an der Oder, Guben, Görlitz und Zittau. Auch war er sich offenbar darüber im Klaren, daß die Einbindung Deutschlands in die Europäische Union für Deutschland zu einer Verschlechterung des Lebensstandards von Arbeitnehmern in Deutschland führen würde; denn er sagte er einmal, daß wir keinen Sozialabbau wollten, auf die Dauer aber auch nicht auf einer Insel der Seligen leben könnten. Das Verhalten deutscher Spitzenpolitiker darf hier nicht mit früher üblichen Begriffen bewertet werden. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit würde es in nichtdeutschen Ländern als würdelos bezeichnet. Bezeichnend ist es, daß deutsche Politiker seit über 20 Jahren in der Regel nicht mehr von „Deutschland“, sondern nur von „diesem Land“ sprechen. Begonnen hat damit Helmut Kohl nach 1982, der den Begriff „dieses unser Land“ statt „Deutschland“ einführte. Inzwischen ist „unser“ schon weggefallen.

### **Der „Klimaschutz“**

Umweltschützer, deren Blickwinkel ideologisch verengt ist, werden den im folgenden aufgeführten Tatsachen heftig widersprechen. Tatsächlich aber sind das seit Jahren andauernde Gerede vom Klimaschutz und die Forderung nach Be-

grenzung des Ausstoßes von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) mit entsprechenden Beschlüssen auf Klimakonferenzen nichts anderes als Angstmache und Gehirnwäsche. Dahinter steht offensichtlich Geschäftemacherei mit Anlagen zur Nutzung nicht-fossiler Energie sowie eine gigantische Vermögensumverteilung unter dem Stichwort „Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten“ (kurz: Emissionshandel). Als ob dadurch die Luft weltweit sauberer würde! Auch unnötiger Verkehr infolge der Globalisierung oder der besonders seit 1990 betriebene Abbruch großer Gebäude statt einer Anpassung an veränderte Nutzung erhöhen die Nutzung fossiler Energie und damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Aber davon spricht man nicht. Sonst wäre der Unsinn des Verbots von Glühlampen durch die Europäische Union im Jahr 2009 zu deutlich geworden. Gegen diese Maßnahme hat sich Ende 2010 im Europäischen Parlament vergeblich Widerstand gereg.

Die Nutzung von Glühbirnen ist für die gesamte Energiebilanz eher unbedeutend; denn CO<sub>2</sub> ist ein ungiftiges Spurengas, das nur zu 0,033 Volumenprozent in der Erdatmosphäre vorkommt. Diese besteht zu rund 99% aus Stickstoff und Sauerstoff. CO<sub>2</sub> wird in ständigem Kreislauf durch die Assimilation der Pflanzen in C und O<sub>2</sub> gespalten. Anschließend wird CO<sub>2</sub> durch Verbrennung des in Holz, Kohle und Erdöl enthaltenen Kohlenstoffs sowie durch die Atmung wieder neu gebildet. Etwa 100 Mill. Tonnen CO<sub>2</sub> sollen jährlich Vulkanen und kohlendioxidhaltigen Wasserquellen entströmen, ebenso viel wird als Carbonat (Kalkstein) gebunden. Der jährliche CO<sub>2</sub>-Umsatz in dem Kreislauf, der durch das Leben von Menschen und Tieren einerseits und Pflanzen andererseits in Gang gehalten wird, beträgt 60 Mrd. Tonnen, vergrößert um 8 Mrd. Tonnen [1] infolge von Verbrennung fossiler Energieträger, die in erdgeschichtlicher Vorzeit aus pflanzlichen Lebewesen entstanden sind.

Es gibt Wissenschaftler, die man nicht gerne hört, weil sie diesen Kreislauf für unbedenklich halten, andere liefern Begründungen für die Klimahysterie. Zu bedenken ist auch, daß die 1879 durch Thomas Alva Edison entwickelten Glühlampen vor allem in der kühlen Jahreszeit mit ihrer kurzen Sonnenscheindauer genützt werden und dadurch zur benötigten Raumerwärmung beitragen. Beim Verzicht auf diese Leuchtkörper muß man also mehr heizen. Die „Energiesparlampen“ als Ersatz der ungiftigen Glühlampen enthalten giftiges Quecksilber und sind deshalb als Sondermüll zu entsorgen. Intelligente Menschen müssen bei so viel boshafem und diktatorisch durchgedrücktem Unsinn ihren Versand abschalten, um sich nicht zu sehr aufregen zu müssen.

Zur Klarstellung: Klima ist das langfristige Wettergeschehen, bezogen auf eine bestimmte Region. Ein Welt-Durchschnittsklima hat streng genommen keinen

Aussagewert. Seit die Erde besteht, hat sich das Klima ohne menschlichen Einfluß ständig verändert. Warm- und Kaltzeiten waren die Folge. Die Ursachen kann man nur vermuten. Die Hauptursache dürfte aber die Veränderung der Sonneneinstrahlung durch bestimmte Sonnenaktivitäten sein, die vom Menschen nicht zu beeinflussen sind. Nur örtlich hat der Mensch durch industriell verursachte Luftverschmutzungen das Klima vor Einführung von Abluftfiltern spürbar verändert. Nach [1] soll sich der CO<sub>2</sub>-Gehalt von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts um etwa 13% erhöht haben, was zu einer Erhöhung der Durchschnittstemperatur der Lufthülle um 0,5° C geführt hat. Gerade im Hinblick auf den ständig zunehmenden Luftverkehr mit seiner Verschmutzung hoher Luftschichten ist aber ein ehrlicher Willen zum „Klimaschutz“ nicht zu erkennen. Zahlen sollen wohl wieder einmal die kleinen Leute.

Ehrlicher wäre es zu sagen, daß mit den fossilen Energieträgern Kohle und Öl sparsam umzugehen ist; denn Alternative Energien sind leider keine Ideallösung: nicht im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und auch nicht im Hinblick auf die Schönheit der Kulturlandschaft und die Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Leistung von Windrädern muß wegen windstillen Zeiten parallel in herkömmlichen Kraftwerken vorgehalten werden.

Wie sagte schon Friedrich Schiller über die Wissenschaft: *„Einem ist sie die hohe, die himmlische Göttin, einem anderen die tüchtige Kuh, die ihn mit Butter versorgt.“* Noch etwas: Dem Verfasser ist unklar, warum Kohlekraftwerke im Hinblick auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß umweltschädlicher als z. B. Gaskraftwerke sein sollen. Die in einem fossilen Brennstoff enthaltene Wärmemenge hängt vom Kohlenstoffgehalt ab, und nur dieser ist für die CO<sub>2</sub>-Entstehung verantwortlich. Die deutschen Kohlevorkommen würden noch für mehrere Jahrhunderte reichen. Ohne ihre Nutzung sind wir weitgehend von Einfuhren abhängig. Ob das der Sinn der deutschen „Klimapolitik“ ist?

Geschichtlich und durch Eisbohrungen auf Grönland mit Bestimmung der im Eis enthaltenen Pollenkonzentration ist nachgewiesen, daß es auf der Nordhalbkugel zur Römerzeit, ebenso im hohen Mittelalter, eine Warmzeit gab, dann etwa zwischen 1550 und 1850 die sog. kleine Eiszeit und seither wieder eine wärmere Epoche. Noch im 16. Jahrhundert, also bevor es kalt wurde, gab es z. B. zwischen Donauwörth und Ingolstadt Weinberge. In der Spätrenaissance- und Barockzeit muß es recht ungemütlich gewesen sein. Davon zeugen Gemälde niederländischer Maler aus dieser Zeit mit Schlittschuhläufern auf zugefrorenen Grachten. Erst im 20. Jahrhundert entdeckte man auf dem Theodulpaß bei Zermatt römische Münzen, die beweisen, daß dieser jahrhundertlang vereiste Paß in der Römerzeit eisfrei war. Diese Beispiele mögen genügen.

## Die Globalisierung

Die Globalisierung ist die zunehmende weltweite Verflechtung vor allem der Wirtschaft. Kräfte mit großem Einfluß auf Wirtschaft, Medien und Politik wollen insbesondere dadurch die Gewinne steigern, daß sie in Niedriglohnländern Waren herstellen lassen, die sie in Hochpreisländern verkaufen. Die Politik hat durch Deregulierung und Freihandelsregelungen zu Gunsten der Finanzwelt und der weltweit tätigen Konzerne die Globalisierung seit 1990 stark vorangetrieben. Früher erzielten Banken ihre Gewinne in erster Linie durch die Differenz zwischen hohen Zinsen für das Geldverleihen und niedrigen Zinsen für die Spareinlagen. Oder die Aktiengesellschaften waren mit einer Kapitalverzinsung von 3 – 4% zufrieden. Den modernen Raubrittern genügt das nicht mehr. Sie spielen wie im Kasino mit Finanzderivaten, hinter denen keine Leistung mehr steht, oder streben Dividenden von über 20% an, ein Gewinn, den kein gesundes und arbeitnehmerfreundliches Unternehmen auf Dauer erwirtschaften kann. Diese Unsitten werden durch die Politiker gebilligt, die der wirtschaftlichen Tätigkeit keine sozialen Rahmenbedingungen mehr setzen.

Die alte Weisheit „*Geld regiert die Welt*“ gilt heute mehr als zu einer Zeit, als man noch nicht so viel von Liberalismus und Demokratie redete. Wenn der Staat, dessen vornehmste Aufgabe der Schutz seiner Staatsbürger und die Sicherung guter Lebensbedingungen ist, sich nach Vorarbeit durch erfolgreiche Lobbyisten zurückzieht und weniger als früher für Wohlbefinden, Gerechtigkeit und Kultur sorgt, besetzt sofort ein gnadenloser Liberalismus, deutlicher gesagt Turbo- oder Raubtier-Kapitalismus, das frei gewordene Betätigungsfeld. Wirtschaftsliberalismus bedeutet aber nichts anderes als, daß in erster Linie die Menschen der Wirtschaft dienen und nicht die Wirtschaft den Menschen und daß zu diesem Zweck Reiche den weniger Reichen mit schön klingenden, betrügerischen Werbesprüchen Sand in die Augen streuen und ihnen dabei Geld aus der Tasche ziehen.

Immer wieder haben uns Medien und Politik in den letzten Jahrzehnten erklärt, daß uns die Globalisierung „neue Chancen“ biete. Die damit zusammenhängende Flexibilisierung führe zu neuen Herausforderungen. Ein „flexibler“ Mensch soll offenbar ein Nomade sein, der sich ständig an neue Arbeit und neue Wohngegenden anpaßt. Er kann deshalb keine Heimat gewinnen oder bewahren. Vielleicht muß er sogar auswandern, wenn er lange Zeit keinen Arbeitsplatz findet. In Bundesländern mit zu geringem Angebot an Arbeitsplätzen wird die Beratung für die Auswanderung sogar mit Steuergeldern gefördert! Die Familie, vertraute Häuslichkeit und Landschaft und liebe Menschen bilden

die Heimat. Mehr und mehr haben aber die Entscheidungsträger die Arbeitnehmer zu Schachfiguren herabgewürdigt und schieben sie durch Betriebsverlagerungen und -schließungen oder durch Behördenverlagerungen hin und her. Irgendwie hat man den Eindruck, daß der Arbeitnehmer der Zukunft am besten mit dem Wohnwagen den ständig wechselnden Arbeitsplätzen hinterherfahren soll. Das Unternehmen Nokia soll nach Zeitungsberichten 2008 seinen Bochumer Beschäftigten nach der Werksschließung Arbeitsplätze in Rumänien angeboten haben. Menschenverachtender geht es nicht mehr!

Der hinter der Globalisierung stehende Ungeist strebt offenbar einen vereinheitlichten Welt-Konsumenten an, der nur das Fachwissen seines Berufes beherrscht, sonst aber ziemlich ungebildet und unkritisch ist. Dazu kommt eine Diktatur des Häßlichen. Die moderne und hochgelobte Kunst ist nicht mehr die Frucht des Schaffens begnadeter Künstler, sondern eher stümperhaftes Tun hochgelobter Scharlatane. Auf keinen Fall hat die von der öffentlichen Hand oder von Mäzenen seit 1945 in Deutschland geförderte Kunst etwas mit der abendländischen Kunstüberlieferung zu tun.

Die vorstehenden Ausführungen waren leider nicht sehr ermutigend. Können kleine Leute die Zustände bessern, obwohl sie nicht an den Schaltstellen der Macht stehen? Zunächst ist es wichtig, daß jeder einzelne in der Familie, im Freundeskreis, im Beruf und in der Öffentlichkeit vorbildlich handelt. Kritisieren ist gut; es selbst besser zu machen, ist wichtiger. Außerdem sollten sich aufgeweckte Menschen nicht alles gefallen lassen. Sie werden an friedlichen Demonstrationen gegen menschenverachtende Entwicklungen teilnehmen oder solche anregen oder zu gegebener Zeit wohlbegründete Verbesserungsvorschläge vorbringen oder Leserbriefe schreiben. Wunder sind dadurch allerdings nicht zu erwarten. Aber es ist möglich, durch viele Stimmen aus dem Volk die Einflußreichen und ihre Handlanger wenigstens gelegentlich zum Nachgeben zu bewegen. Das hat die deutsche Wiedervereinigung gezeigt. Auf jeden Fall sind bei allen Aktionen umsichtig und überlegt provozierende oder zumindest ungeschickte Äußerungen zu vermeiden, die ein Strafverfahren nach § 130 des deutschen Strafgesetzbuches einbringen können. Er schränkt die Freiheit ein, Tatsachen zu erwähnen, die einflußreiche Kreise nicht hören möchten.

### **Wichtigstes und weiterführendes Schrifttum**

- [1] „Brockhaus-Enzyklopädie“ 17. Aufl., Wiesbaden 1975, unter den einschlägigen Stichwörtern;
- [2] Wilhelm Heinrich Riehl: „Durch tausend Jahre – Fünfzig kulturgeschichtliche Novellen“, Leipzig 1933;



- [3] Johannes Scherr: „Menschliche Tragikomödie“, 2 Bände, Leipzig 1937;
- [4] Werner König: „Atlas zur deutschen Sprache“, 5. Aufl., dtv-Verlag, München 1983;
- [5] Artur Wohe: „Vielfalt der Sprachen und Schriften in Europa – Bürde oder Reichtum?“ in „Die deutsche Schrift“ Heft 3/1990, S. 83; dort weitere Literaturhinweise;
- [6] Wolfgang Hendlmeier: „Von den Mundarten zur Hochsprache“ in: Hans Riegelmann: „Von deutscher Sprache und Schrift“, Bremen 1993, S. 21;
- [7] Wolfgang Hendlmeier: „Die Pflege der deutschen Sprache – einst und heute“ in: Hans Riegelmann: „Von deutscher Sprache und Schrift“, Bremen 1993, S. 31;
- [8] Jost Perfahl (Herausg.): „Wer die Wahrheit liebt – Gedanken und Betrachtungen Friedrichs des Großen“, München 1993;
- [9] Wolfgang Hendlmeier: „Viele Sprachen werden aussterben“, in „Die deutsche Schrift“ Heft 1/1994, S. 4;
- [10] Wolfgang Hendlmeier: „Von bedrohten Sprachen und sterbenden Völkern“ in: „Die deutsche Schrift“ Heft 2/1994, S. 37;
- [11] „Vom Artensterben der Sprachen“, in „Die deutsche Schrift“ Heft 4/1994, S. 91;
- [12] Wolfgang Hendlmeier: „Kunstwerke der Schrift“, Hannover 1994;
- [13] Helmut Creutz: „Das Geld-Syndrom“, 4. Aufl., Berlin 1997;
- [14] Günter Hannich: „Sprengstoff Geld – Wie das Kapitalsystem unsere Welt zerstört“, 2. Aufl., 1999;
- [15] Ausführungen zu Johannes Scherr in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Johannes\\_Scherr](http://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Scherr);
- [16] Statistisches Bundesamt: „Geburten in Deutschland“, 2007;
- [17] Rolf Kosiek und Olaf Rose: „Der große Wendig – Richtigstellungen zur Zeitgeschichte“, 3 Bände, Tübingen 2007 – 2008;
- [18] Kurt G. Blüchel: „Der Klimaschwindel“, München 2007;
- [19] Anna-Lena Lohmüller: Sprachentod, in: [http://www.leo.tu-chemnitz.de/index.php?article\\_id=676](http://www.leo.tu-chemnitz.de/index.php?article_id=676);
- [20] Egon Freiherr von Eickstedt: „Rassenkunde und Rassengeschichte der Menschheit“, Stuttgart 1934;
- [21] Josef Guter: „Das große Lexikon der Völker“, Köln, um 2005;
- [22] Thorsten Eitz und Georg Stötzel: „Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung“, Hildesheim 2009;
- [23] Film „Die Kinder meiner Tochter“: <http://www.zdf.de/herzkino/die-kinder-meiner-tochter-27650922.html>;
- [25] Bild einer jungen Uigurin: [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Uyghur\\_girl.jpg](http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Uyghur_girl.jpg).

Außerdem: Ausführungen im Internet zu den einschlägigen Stichworten

Stand: 02.04.2013